

Herausgeber

Prof. Dr. Michael Brzoska,
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik an der
Universität Hamburg (IFSH)

Dr. Walter E. Feichtinger,
Landesverteidigungsakademie,
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement,
Wien

Dr. Volker Franke, Kennesaw
State University, Kennesaw,
Georgia (USA)

Prof. Dr. Hans J. Giessmann,
Berghof Conflict Research,
Berlin

Prof. Dr. Heiner Hänggi,
Genfer Zentrum für die
demokratische Kontrolle der
Streitkräfte (DCAF), Genf

Dr. Sabine Jaberg, Führungs-
akademie der Bundeswehr,
Hamburg

Dr. Axel Krohn, Führungs-
akademie der Bundeswehr,
Hamburg

Dr. Patricia Schneider, IFSH

Schriftleitung

Prof. Dr. Michael Brzoska

Redaktion

Dr. Martin Kahl (V.i.S.d.P.), IFSH

Dr. Regina Heller
Sybille Reinke de Buitrago
Susanne Bund

Beirat

Prof. Dr. Alyson J.K. Bailes,
University of Iceland, Reykjavik

Dr. Detlef Bald, München

Prof. Dr. Susanne Buckley-
Zistel, Universität Marburg

Alain Deletroz, Vizepräsident
International Crisis Group

Prof. Dr. Pál Dunay, Genfer
Zentrum für Sicherheitspolitik
(GCSP)

Prof. Dr. Susanne Feske, Univer-
sität Münster

Prof. Dr. Heinz Gärtner, Uni-
versität Wien

Prof. Dr. Laurent Götschel,
Universität Basel

Prof. Dr. Anton Grizold, Uni-
versität Ljubljana

PD Dr. Hans-Joachim Heintze,
Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Charles A. Kup-
chan, Georgetown University,
Washington, D.C.

Dr. Jocelyn Mawdsley, New-
castle University

Dr. Anja Seibert-Fohr, MPI
Heidelberg

Dr. Marianne Wade, MPI
Freiburg

THEMENSCHWERPUNKT

Sicherheitskultur – Ein Konzept zur interdisziplinären Erforschung politischen und sozialen Wandels

Christopher Daase*

Abstract: Recently, security culture has become a focus of research in different academic disciplines. This article evaluates the role of culture in the history of security studies, describes recent attempts to reshape research questions in historiography and jurisprudence and outlines a cultural studies perspective on security in order to facilitate inter-disciplinary security research.

Keywords: Security, security culture, security policy
Sicherheit, Sicherheitskultur, Sicherheitspolitik

1. Einleitung

Der unaufhaltsame Aufstieg des Sicherheitsbegriffs zur politischen Leitkategorie unserer Zeit verändert nicht nur den politischen Diskurs, sondern geht mit tiefgreifenden Veränderungen nationaler und internationaler Gesellschaftsstrukturen einher. Die wissenschaftliche Beschreibung und Erklärung dieser Entwicklung ist bislang aber rudimentär und selektiv geblieben: Die Politikwissenschaft analysiert den Wandel der Sicherheitspolitik – fein säuberlich getrennt nach innerer (Lange/Ohly/Reichertz 2009; Knelangen

2001) und äußerer Sicherheit (Buzan/Weaver/de Wilde 1998; Daase 2010). Die Kriminologie untersucht die Veränderungen der Gefahrenwahrnehmung (Dinges/Sack 2000) und die Soziologie die gesellschaftlichen Auswirkungen dieses Wandels (Groenemeyer 2010; Hempel/Krasmann/Bröckling 2010). Die Rechtswissenschaft beschreibt die Entwicklung des Sicherheitsrechts (Kötter 2008) und die Geschichtswissenschaft die historischen Praktiken zum Schutz individueller und kollektiver Akteure (Zwierlein/Graf/Ressel 2010). Was bislang fehlt, ist eine integrierende Perspektive auf den Wandel von Sicherheit als einen Prozess, der die nationale und internationale Gesellschaft produziert, reproduziert und transformiert.

Der Begriff der *Sicherheitskultur*, so die These dieses Beitrags, könnte eine solche integrative Perspektive bieten. Obwohl der Begriff relativ jung ist (vgl. den Beitrag von Valentin Rauer in diesem Heft), eignet er sich, die Veränderung von Ideen, Diskursen und Praktiken der Sicherheit zu erfassen und damit ein

* Christopher Daase ist Professor für Internationale Organisationen an der Goethe-Universität Frankfurt und Leiter des Programmbereichs Internationale Organisationen und Völkerrecht am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Er leitet zudem das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt „Sicherheitskultur im Wandel“ (www.sicherheitskultur.org). Dieser Artikel ist anonym begutachtet worden.

umfassenderes Bild gesellschaftlichen Wandels zu liefern als die disziplinär spezialisierte Sicherheitsforschung bisher. Der Begriff der „Kultur“ ist allerdings ein problematischer. Die undifferenzierte Verwendung als Residualkategorie des Sozialen, die all das erklären soll, was andere Theorien nicht erklären können, hat dem Kulturbegriff den Ruf eingetragen, beliebig einsetzbar und letztlich tautologisch zu sein. David Elkins und Richard Simeon (1979) haben vier Probleme der politischen Kulturforschung herausgearbeitet: Erstens sei es schwierig, kulturelle von strukturellen und psychologischen Variablen zu unterscheiden; zweitens könne man Kultur nicht direkt beobachten, sondern müsse von anderen Beobachtungen auf sie schließen; drittens sei für die meisten Mitglieder einer Gesellschaft Kultur etwas Unbewusstes und Implizites, sodass man sie nicht direkt danach befragen könne; und viertens könne Kultur, obwohl sie auf den Aktivitäten einzelner Akteure basiere, nicht einfach auf das aggregierte Handeln von Individuen reduziert werden. Nicht umsonst heißt es manchmal spöttisch, Kultur sei „das Ganze als Rest“ (Bude 1991: 102) und könne zur Erklärung sozialer Sachverhalte kaum etwas beitragen. Aber trotz dieser analytischen Schwierigkeiten erfreut sich der Kulturbegriff in der Wissenschaft einer ungebrochenen Beliebtheit und so ist es fast erstaunlich, dass er erst vor Kurzem Eingang in die sicherheitspolitische Forschung gefunden hat.

Warum das so ist und welche neuen Perspektiven sich mit dem Kulturbegriff ergeben haben, soll im ersten Teil dieses Beitrags dargestellt werden. Im zweiten Teil werden exemplarisch drei unterschiedliche disziplinäre Zugänge zur Sicherheitskultur beschrieben, um die Möglichkeiten interdisziplinärer Kooperation in der Sicherheitsforschung auszuloten. Schließlich soll im dritten Teil ein kulturwissenschaftlicher Ansatz skizziert und abschließend präzisiert werden, auf welche Art von Forschungsfragen dieser Ansatz Antworten geben könnte.

2. Kultur in der sicherheitspolitischen Forschung

Bis in die Mitte der 1990er Jahre spielte der Kulturbegriff in der sicherheitspolitischen Forschung keine Rolle. Das liegt daran, dass Sicherheit als das natürliche Urbedürfnis jedes Staates definiert und damit aus der Varianz und Wandelbarkeit des Kulturellen ausgeschlossen wurde. Die Theoretiker der Realistischen Schule hatten nämlich das Sicherheitsdilemma zum natürlichen Motor der internationalen Politik erklärt und gleichermaßen Krieg und Kooperation, Bündnisse und Allianzen auf das Sicherheitsverlangen von Staaten zurückgeführt (Herz 1950; Waltz 1979): Da es im internationalen System kein Gewaltmonopol gebe, das Frieden und Sicherheit gewährleisten könne, sei jeder Staat unabhängig von seinen eigenen Intentionen und der Form seines Regierungssystems gezwungen, nach den ehernen Gesetzen der internationalen Politik zu handeln und die eigenen Fähigkeiten zur nationalen Existenzsicherung zu maximieren. Unterscheiden, so die Realisten, ließen sich allenfalls kleine Staaten und Großmächte. Während kleinen und mittleren Mächten die Alternative bliebe, sich der Hegemonialmacht anzuschließen (*bandwagoning*) oder zum Aufbau einer Gegenmacht beizutragen (*balancing*) (vgl. Walt 1987), seien Großmächte gezwungen, eine expansive Politik zu betreiben,

um ihren Großmachtanspruch dauerhaft aufrechtzuerhalten (Mandelbaum 1988).

Eine wissenschaftliche Differenzierung staatlicher Sicherheitsbedürfnisse wurde erst möglich, als zum einen institutionalistische Ansätze auf die unterschiedlich starke Verwundbarkeit von Staaten hinwiesen (vgl. Keohane/Nye 1977) und zum anderen liberale Ansätze betonten, dass vor allem innenpolitische Determinanten das sicherheitspolitische Verhalten von Staaten beeinflussen (Risse-Kappen 1991). Aber auch das liberale Forschungsprogramm kam ohne den Begriff der Kultur aus, weil es die Varianz sicherheitspolitischen Verhaltens vor allem auf institutionelle Variablen wie Regierungsform, Entscheidungsprozesse und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der politischen Willensbildung zurückführte.

Erst die „konstruktivistische Wende“ (Checkel 1998) führte dazu, dass der Kulturbegriff systematisch in die Analyse internationaler Beziehungen eingeführt (vgl. Lapid/Kratochwil 1997) und zur Erklärung von Sicherheitspolitik herangezogen wurde (vgl. Katzenstein 1996). Dabei folgte man zunächst einer recht vagen Begriffsbestimmung: „[C]ulture refers both to a set of evaluative standards, such as norms or values, and to cognitive standards, such as rules or models defining what entities and actors exist in a system and how they operate and interrelate.“ (Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 56) Dieser Kulturbegriff blieb weitgehend auf Nationalstaaten und damit auf nationale Kulturen bezogen. Unter Rückgriff auf Konzepte der „Organisationskultur“ und der „politischen Kultur“ konnten so z.B. Besonderheiten der französischen Militärpolitik (Kier 1996) und des chinesischen Großmachtverhaltens (Johnston 1998) erklärt werden. In der gleichen Tradition stehen auch jüngere Versuche, nationale Sicherheitskulturen zu unterscheiden: „National security cultures provide the lens through which national authorities refract the structural positions of the state in the international system; it explains the subjective understanding of objective threats to national security, the instruments relied upon to meet those threats, and the preferences for unilateral or multilateral action.“ (Sperling 2010: 11) Ziel ist es, mit unterschiedlichen nationalen Sicherheitskulturen Kooperation und Konflikte in der globalen Sicherheitspolitik (bzw. *security governance*) zu erklären: „National security cultures produce preferences for specific forms of security governance systems that, in turn, facilitate or inhibit international cooperation.“ (Sperling 2010: 13)

Gleichzeitig rekurriert das konstruktivistische Forschungsprogramm allerdings auf einen Kulturbegriff, der nicht von nationalen Kulturen ausgeht, sondern sich am Weltkultur-Begriff der sogenannten Stanford-Schule um John Meyer anlehnt. Meyer definiert Kultur „less [as] a set of values and norms, and more a set of models defining the nature, purpose, resources, technologies, controls, and sovereignty of the proper nation state“ (Meyer 1999: 123). Hier dient der Kulturbegriff also nicht der Erfassung des Besonderen von Nationalstaaten, sondern zur Bestimmung des Allgemeinen weltweit geltender Regeln rationalen Handelns. So gesehen lassen sich nationale Interessen, Sicherheitsbedürfnisse und sicherheitspolitisches Handeln zu einem erheblichen Teil auf die im Sinne einer Welt-Kultur verstandenen normativen Strukturen des internationalen Systems zurückführen (Finnemore 1996: 19).

Während also die Divergenz staatlicher Sicherheitspolitik mit der Vielfalt nationaler Kulturen erklärt wird, wird die Konvergenz sicherheitspolitischen Verhaltens auf die Einheit der Welt-Kultur zurückgeführt. Deutlich wird daran, dass nach wie vor der Staat Dreh- und Angelpunkt des Kulturverständnisses in der sicherheitspolitischen Forschung ist: zum einen als Träger von Kultur, zum anderen als Empfänger von Kultur (vgl. allerdings Boli/Thomas 1998). Deutlich wird aber auch, dass die Frage, wie sich Kultur wandelt, eine untergeordnete Rolle spielt, weil in beiden Fällen Kultur als relativ statische unabhängige Variable dient, die sicherheitspolitisches Verhalten erklären soll. Insbesondere in Bezug auf die Welt-Kultur ist dies bedauerlich, weil ein Großteil der Forschung der letzten Jahre sich auf den Wandel internationaler Normen konzentriert hat, dieser aber nur selten als *kultureller* Wandel konzeptualisiert wird. Die Entwicklung der Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft (*responsibility to protect*) ließe sich zum Beispiel aber vermutlich genauer als kultureller denn als normativer Wandel beschreiben, weil mit der ersten Konzeptualisierung nicht nur die abstrakte Norm, sondern auch die konkrete Praxis politischen Handelns erfasst werden könnte. Insofern könnte mit dem Kulturbegriff ein umfassenderes Bild vom gegenwärtigen Wandel der Sicherheitspolitik gezeichnet werden.

3. Disziplinäre Zugänge zur Sicherheitskultur

Ursprünglich geht der Begriff der Sicherheitskultur auf eine Expertengruppe zurück, die im Auftrag der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) 1986 den Reaktorunfall von Tschernobyl untersuchte (IAEA 1986). Im Anschluss daran werden in der technischen Sicherheitsforschung die institutionellen Grundlagen des Sicherheitsmanagements und das Sicherheitsbewusstseins der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Organisationen und Betrieben als „Sicherheitskultur“ bezeichnet (Büttner/Fahlbruch/Wilpert 2000). In der politikwissenschaftlichen Forschung hatte sich demgegenüber schon in den 1970er Jahren der Begriff „strategische Kultur“ etabliert, um die politischen Überzeugungen, Ansichten und Verhaltensmuster nationaler Eliten im Hinblick auf militärische Sicherheitsbelange zu erfassen (Snyder 1973; Johnston 1998). Führt man diese Verständnisse unter der oben skizzierten konstruktivistischen Perspektive zusammen – das heißt einer Perspektive, die kulturelle und normative Aspekte internationaler Politik ernst nimmt – kann man Sicherheitskultur als die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen bezeichnen, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll (Daase 2010: 9).

In diesem allgemeinen Verständnis ist der Begriff „Sicherheitskultur“ in jüngster Zeit in unterschiedlichen disziplinären Kontexten verwendet worden. Eckart Conze nutzte ihn 2005, um eine Erneuerung der Zeitgeschichtsschreibung zu fordern. Conze versteht Sicherheit als „umfassenden sozial-kulturellen Orientierungshorizont“ (Conze 2005: 360), durch dessen Rekonstruktion eine „moderne Politikgeschichte“ begründet werden könne, die sich absetzt von der „traditionellen, auf Staat und Regierung, auf Staats- und Regierungshandeln und

auf Entscheidungen fixierte Politikgeschichte“ (Conze 2005: 359). Dabei spricht Conze nicht von „Sicherheitskultur“, sondern von „Sicherheit als Kultur“ und meint damit Sicherheit als „Systemvertrauen“ im Sinne von Niklas Luhmann. Leider konkretisiert Conze den Kulturbegriff nicht, deutet aber an, dass unter der Kulturperspektive „dem Staat und staatlichem Handeln eine eigene Bedeutung für den historischen Prozess“ eingeräumt werden kann, „ohne dabei jedoch die Wirkmächtigkeit sozialer oder ökonomischer Strukturen zu unterschlagen“ (Conze 2005: 359). Eine ähnliche Motivation liegt der politikwissenschaftlichen Verwendung des Kulturbegriffs zugrunde, wobei der geschichtswissenschaftliche Ansatz den Vorteil bietet, explizit über den Prozess sozialen Wandels Auskunft zu geben, „der mit historisch-gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnissen und dem damit korrespondierenden Sicherheitsbewusstsein eng verschränkt ist“ (Conze: 2005: 361). Interessant und für die interdisziplinäre Sicherheitsforschung wichtig wäre die Frage, ob mit dem Verständnis von „Sicherheit als Kultur“ eine Perspektive eröffnet wird, um nicht nur die nationale Geschichte einzelner Staaten, sondern auch die Geschichte von Regionen und Kontinenten oder sogar die Globalgeschichte der internationalen Gesellschaft neu zu interpretieren.

Im Rahmen einer rechtswissenschaftlichen Untersuchung setzt Christoph Gusy Sicherheitskultur in Beziehung zu Sicherheitspolitik und Sicherheitsrecht. Alle drei Funktionszusammenhänge seien zwar aufeinander bezogen, seien aber nicht linear voneinander ableitbar und unterlägen insofern eigenen Handlungslogiken, als sie von unterschiedlichen Akteuren und eigenen Dynamiken angetrieben würden. Während Sicherheitspolitik die Findung, Rechtfertigung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Entscheidungen zur Sicherung eines Gemeinwessens sei, sei das Sicherheitsrecht diejenige Menge von Rechtsnormen, welche die Sicherheit kollektiver und individueller Güter durch Identifizierung, Einschätzung und Abwehr von Schäden zum Gegenstand hat. Sicherheitskultur bezeichnet Gusy demgegenüber als öffentliche Kommunikation über objektive Gefahren, subjektive Gefahrenwahrnehmung und die politischen und rechtlichen Maßnahmen, beide zu reduzieren und Sicherheit zu gewährleisten. Eine Kernfrage dabei sei das Verhältnis von „objektiver“ und „subjektiver“ Sicherheit und die Frage, in welchem Maße das Sicherheitsgefühl zum Maßstab für Sicherheitspolitik und Sicherheitsrecht werden dürfe (Gusy 2010: 114f).

Hintergrund ist die Beobachtung, dass sich objektive und subjektive Sicherheitslagen verändern, aber nicht kongruent: „Die ‚objektive‘ Sicherheitslage ändert sich mit Veränderungen von Bedrohungs-, Gefahr- oder Risikolagen: Verschlechtert sich die Lage, verschlechtert sich die Sicherheit; verbessert sich jene, verbessert sich auch diese. Dies ist beim subjektiven Sicherheitsgefühl nicht notwendig der Fall; im Gegenteil: Es kann sogar zu gegenläufigen Entwicklungen kommen. Das Sicherheitsgefühl ist überaus komplex und insbesondere keine bloße Resultante der Sicherheitslage“ (Gusy 2010: 116). So wichtig das Befinden der Bevölkerung gerade für demokratische Staaten ist, so skeptisch ist Gusy gegenüber der Verabsolutierung subjektiver Sicherheit: „Das Ziel, dass sich alle Menschen stets sicher fühlen, kann und darf kein zulässiges Ziel von Staat und Politik sein“ (Gusy 2010: 117). Dem pflichten andere juristi-

sche Autoren bei: Weil sich ein „unmittelbarer Zusammenhang zwischen der realen Kriminalitätsentwicklung und der Angst, selbst Opfer von Straftaten zu werden, empirisch nicht nachweisen“ lasse (Stolle 2011: 23), sei es verfehlt, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zur Zielgröße für die Sicherheitspolitik zu machen. Bleibt die Frage, was „objektive Sicherheit“ ist, wie sie gemessen wird und welche Bedeutung dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung legitimerweise eingeräumt werden soll. Dies sind die Fragen, die im Feld der Sicherheitskultur verhandelt werden, einem Feld, das „primär privat, medien- und marktgeprägt ist“, in dem aber die „öffentliche Hand (...) berechtigt (ist), an Sicherheitsdiskursen teilzunehmen und so selbst an der Herstellung einer Sicherheitskultur mitzuwirken“ (Gusy 2010: 125).

Über den Begriff der Sicherheitskultur haben Geschichts- und Rechtswissenschaft neue Impulse in die Sicherheitsforschung getragen. Sie folgen dabei, wenn auch nicht immer explizit, einem sozialwissenschaftlichen Verständnis, wonach Sicherheit und Unsicherheit nicht natürliche Fakten, sondern soziale und kulturelle Konstruktionen sind. Allerdings hat in den letzten Jahrzehnten in den Sozialwissenschaften, insbesondere in der Soziologie, weniger der Sicherheitsbegriff als der Risikobegriff im Zentrum gestanden und ist auch unter kulturellen Gesichtspunkten analysiert worden. Wichtig waren hierbei insbesondere die kulturtheoretischen Arbeiten von Mary Douglas und Aaron Wildavsky, die nachwiesen, dass Risikowahrnehmungen und entsprechende Bewältigungsstrategien auf kulturelle Prädispositionen zurückzuführen sind (Douglas/Wildavsky 1982). „Viewing individuals as the active organizers of their own perceptions, cultural theorists have proposed that individuals choose what to fear (and how much to fear it), in order to support their way of life.“ (Wildavsky/Dake 1990: 43) Die Wahl bestimmter Risiken ist demnach funktional, weil sie bestimmte Lebensweisen fördert und andere schwächt. Auch wenn diese Einsicht noch keine befriedigende Erklärung kollektiver Risikowahrnehmungen zulässt, ist sie insofern wichtig, als sie auf Zweck und Absicht von Risikoperzeptionen verweist und damit auf politische Interessen, die ihnen zugrunde liegen.

Dies ist auch der Ausgangspunkt für die wohl einflussreichste Theorie in der jüngeren Sicherheitsforschung, der Versicherungstheorie der sogenannten Kopenhagener Schule. Ihr geht es vor allem darum, mit Hilfe der Sprechakttheorie sogenannte *securitization moves* zu identifizieren und zu zeigen, wie sich mit ihnen außergewöhnliche politische Maßnahmen rechtfertigen lassen (Weaver 1995). Ein politisches Problem wird demnach erst dann zu einem Sicherheitsproblem, wenn interessierte Akteure es mit dem Sicherheitsbegriff verbinden und dies von einer relevanten Adressatengruppe akzeptiert wird. Schwieriger als der Nachweis derartiger Versicherungstheorien ist es allerdings zu erklären, unter welchen Bedingungen sie erfolgreich sind und unter welchen nicht. Zu diesem Zweck muss vermutlich das enge Verständnis von Versicherungstheorie als absichtsvoller Sprechakt eigeninteressierter Akteure überwunden und Versicherungstheorie als komplexer sozialer Interaktionsprozess verstanden werden (MacDonald 2008). Der Begriff der Sicherheitskultur könnte hier helfen, die Rahmenbedingungen erfolgreicher Versicherungstheorien besser zu verstehen.

In unterschiedlichen disziplinären Zusammenhängen ist in den letzten Jahren die Sicherheitskultur ins Blickfeld gerückt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass mit dem Kulturbegriff ungleichzeitige Veränderungen von objektiver und subjektiver, nationaler und internationaler, sozialer und militärischer Sicherheit analysiert und das Verhältnis von sicherheitspolitischen Diskursen und sicherheitspolitischer Praxis beschrieben werden kann. Noch freilich wird der Begriff der Sicherheitskultur häufig so unterschiedlich und unbestimmt gebraucht, dass Erkenntnisse aus der einen Disziplin nicht einfach in die andere übertragen werden können. Eine weitere interdisziplinäre Arbeit am Begriff der Sicherheitskultur scheint deswegen notwendig zu sein.

4. Ein kulturwissenschaftliches Forschungsprogramm

Kaum ein Begriff in den Sozial- und Geisteswissenschaften ist so heftiger Kritik ausgesetzt wie der Begriff der „Kultur“. Der Grund dafür liegt, wie oben angedeutet, in der oft oberflächlichen Konzeptualisierung und im häufig maßlosen Anspruch von Kulturtheorien, all die Dinge zu erklären, die andere Theorien nicht erklären können. Wenn man den Anspruch in dieser Weise formuliert, dann ist es freilich leicht, Kultur als Residualkategorie zu kritisieren und Tautologieverdacht anzumelden. Dies ist offenbar auch der Grund, warum der Kulturbegriff in konstruktivistischen Analysen internationaler Politik nach einem kurzen Boom Ende der 1990er Jahre wieder verschwunden ist und Begrifflichkeiten Platz gemacht hat, die sich präziser fassen und leichter operationalisieren lassen. Allerdings wurde damit voreilig ein Konzept *ad acta* gelegt, dessen innovatives Potenzial noch gar nicht voll ausgeschöpft worden war. Im Folgenden soll deshalb ein anderer Weg beschritten und ein kulturwissenschaftliches Programm zur Erforschung von Sicherheitspolitik skizziert werden. Mit dem Begriff der Sicherheitskultur soll dabei nicht nur eine weitere Variable in die sicherheitspolitische Forschung eingeführt, sondern eine andere Perspektive gewählt werden, um den Wandel von Sicherheitspolitik verständlich zu machen.

Zu diesem Zweck ist es wichtig, ein Kulturmodell zu wählen, das sich von den beiden vorherrschenden, oben bereits skizzierten Kulturmodellen in der sozialwissenschaftlichen Sicherheitsforschung absetzt: Einerseits vom homogenisierenden Kulturmodell, das der Anthropologie entliehen ist und der konstruktivistischen Forschung nationaler Sicherheitskulturen (bzw. Unsicherheitskulturen, vgl. Welde et al. 1999) zugrunde liegt. In diesem Modell wird Kultur als die Sphäre geteilter Normen und Werte betrachtet, beziehungsweise als kollektives Symbolsystem, das die Identität eines nationalen Kollektivs konstituiert und von anderen Kulturen abgesetzt wird. Die Hypostasierung nationaler Kulturen unterschlägt aber häufig die interne Umstrittenheit kultureller Codes und läuft andererseits Gefahr, den Konflikt zwischen den Kulturen als natürlich und unumgänglich zu überhöhen (vgl. klassisch: Huntington 1993). Auf der anderen Seite wäre allerdings auch das Modell einer Welt-Kultur zu hinterfragen, das ebenfalls homogene Interpretations- und Handlungsstrukturen annimmt und sie

als mehr oder weniger bewusste Regelsysteme konzeptualisiert, von denen allerdings nicht klar ist, wer ihre sozialen Träger sind. Ein solches Strukturmodell der Sicherheitskultur liefere gleichfalls Gefahr, geteilte Annahmen und Werte auf globaler Ebene, seien sie belligerischer oder humanitärer Natur, zu verabsolutieren und ihre unterschiedliche politische Umsetzung zu vernachlässigen.

Eine Alternative besteht in einem kulturwissenschaftlichen Verständnis von Kultur als Diskurs oder Praxis. Nach Andreas Reckwitz zielt das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm darauf ab, „die impliziten, in der Regel nicht bewussten symbolischen Ordnungen, kulturellen Codes und Sinnhorizonte zu explizieren, die in unterschiedlichsten menschlichen Praktiken verschiedener Zeiten und Räume zum Ausdruck kommen und diese ermöglichen“ (Reckwitz 2008: 17). Dadurch werde die Kontingenz sozialer Praktiken, d.h. ihre Nicht-Notwendigkeit und ihre Historizität sichtbar. Das scheint insbesondere für die Sicherheitsforschung notwendig zu sein, denn in keinem anderen Politikfeld wird so nachdrücklich auf strukturelle Zwänge, zwingende Gründe und die Alternativlosigkeit politischer Optionen rekurriert wie hier. Gerade die „Kontingenzperspektive“ (Reckwitz) der Kulturwissenschaft könnte demnach eine Alternative zum Determinismus traditioneller sicherheitspolitischer Theorien bieten.

Dabei bietet sich ein bedeutungsorientierter Kulturbegriff an, der unterschiedliche disziplinäre Kontexte integrieren könnte. Kultur besteht demnach nicht aus einer Menge spezifischer Werte und Normen, die gleichsam als unabhängige Variablen wirken und bestimmte Handlungen hervorrufen oder verhindern. Vielmehr stellt Kultur ein Bedeutungssystem dar, in dem Handlungen überhaupt erst Sinn und Bedeutung erfahren und Akteure überhaupt erst Präferenzen und Strategien entwickeln. In der kulturtheoretischen Diskussion der letzten Jahre identifiziert Reckwitz vor allem zwei Alternativen, wie ein solches Kulturverständnis umgesetzt und für die Forschung fruchtbar gemacht werden kann, einen textualistischen und einen praxeologischen Ansatz (Reckwitz 2008: 41ff). Der textualistische Ansatz versteht Kultur als Diskurs und konzentriert sich auf die Rekonstruktion der symbolischen Organisation von Wirklichkeit durch Sprache und Text. Dieser Ansatz kann sich auf die Arbeiten von so unterschiedlichen Autoren wie Michel Foucault, Jacques Derrida und Clifford Geertz berufen. Die Kopenhagener Schule würde in diese Kategorie der sicherheitspolitischen Kulturforschung gehören. Dem gegenüber steht der praxistheoretische Ansatz, der von Kultur als sozialen Praktiken ausgeht. Hier geht es nicht nur um Sprache, sondern den „nexus of doings and sayings“ (Schatzki 1996: 89), also die Umsetzung von kognitiven Schemata und diskursiven Codes in praktisches Wissen, Können und Tun (vgl. Reckwitz 2003: 289). Der praxistheoretische Ansatz kann sich auf Arbeiten von Pierre Bourdieu, Judith Butler und Charles Taylor berufen und ist, ohne den Begriff der Sicherheitskultur zu verwenden, auch in die sicherheitspolitische Forschung übersetzt worden (vgl. Daase 1999: 255-268; Hansen 2006; Pouliot 2008).

Ein praxistheoretisches Verständnis würde folglich unter Sicherheitskultur diejenigen Werte, Diskurse und Praktiken fassen, die dem auf Erzeugung von Sicherheit und Reduzierung von Unsicherheit gerichteten sozialen Handeln individueller

und kollektiver Akteure Sinn und Bedeutung geben. Wie gesagt ist damit keine identifizierbare Variable gemeint, sondern ein Arrangement ineinandergreifender Faktoren, das je nach kulturtheoretischer Perspektive und sicherheitspolitischer Fragestellung unterschiedlich analysiert werden kann.

5. Fazit

Ein kulturwissenschaftliches Forschungsprogramm zur Untersuchung von Sicherheitskultur bietet nicht in erster Linie neue Variablen oder testbare Hypothesen, sondern eine alternative Perspektive auf die Sicherheitspolitik und den Wandel der ihr zugrundeliegenden Werte, Diskurse und sozialen Praktiken. Drei Probleme der sicherheitspolitischen Forschungen könnten damit gelöst oder zumindest gemildert werden:

Erstens könnte der Idealismus poststrukturalistischer Theorien der Sicherheitspolitik überwunden und die Materialität sicherheitspolitischer Probleme rehabilitiert werden. So verständlich der Fokus auf Sprache und Diskurse als Reaktion auf die Reifizierungen realistischer Sicherheitskonzepte ist, so sehr hat diese Fixierung den Blick für die Materialität von Sicherheit und Unsicherheit, die Bedeutung nicht-sprachlichen Handelns und die Rolle materialer Artefakte getrübt. Eine praxistheoretische Problematisierung der Sicherheitskultur würde die Analyse sicherheitspolitischer Repräsentation und Kommunikation über Bilder (vgl. den Beitrag von Gabi Schlag in diesem Heft), die Wirkung von Sicherheitstechnologien auf Sicherheitswahrnehmung und -verhalten oder die Untersuchung der Divergenz von Rhetorik und Handeln in der Sicherheitspolitik erlauben.

Zweitens könnte die Reifizierung nationaler Sicherheitskulturen und die Spannung zwischen sicherheitspolitischer National-Kultur und Welt-Kultur überwunden werden. Der praxistheoretische Zugang identifiziert eine Vielzahl von Sicherheitskulturen auf unterschiedlichen Analyseebenen und erlaubt die Untersuchung sicherheitspolitischer Alltagskultur auf der Mikroebene (vgl. den Beitrag von Rainer Hülse), die Problematisierung von sicherheitspolitischer Hoch- und Gegenkultur auf der Mesoebene (vgl. den Beitrag von Christopher Daase und Philipp Offermann) und die Analyse konkurrierender Interpretationen globaler Sicherheitsnormen auf der Makroebene (vgl. den Beitrag von Julian Junk).

Drittens könnte der Begriff der Sicherheitskultur dazu beitragen, den Wandel der Sicherheitspolitik besser zu verstehen. Indem unterschiedliche Faktoren der Sicherheitspolitik wie Werte und Ideen, Begriffe und Debatten, Praktiken und Institutionen erfasst und zueinander in Beziehung gesetzt werden, entsteht ein komplexeres Bild des Politikfeldes Sicherheit. Der gegenwärtige Wandel der Sicherheitspolitik ist nicht einfach eine Reaktion auf neue Risiken und Herausforderungen, sondern ist auch das Resultat gewandelter gesellschaftlicher Sicherheitsbedürfnisse und der Transformation nationaler und internationaler Sicherheitsinstitutionen (vgl. die Beiträge von Stefan Engert und Susanne Fischer/Carlo Masala). Welche konstitutiven und kausalen Beziehungen zwischen den genannten Faktoren bestehen und welche Rolle Werte, Diskurse und Praktiken spielen, muss im Einzelnen genauer bestimmt werden. Das Konzept der

Sicherheitskultur bietet jedoch dafür eine integrative Perspektive und die Möglichkeit, subjektive und objektive, ideelle und materiale, nationale und internationale Faktoren in konkrete Fragestellungen zu integrieren und damit der Vielschichtigkeit politischen und sozialen Wandels gerecht zu werden.

Damit eröffnen sich neue Möglichkeiten für die interdisziplinäre Sicherheitsforschung. Denn über den Begriff der Sicherheitskultur könnten Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft und Rechtswissenschaft, der Sozialwissenschaften und anderer Disziplinen zusammengeführt und neue fächerübergreifende Fragestellungen entwickelt werden. Dafür ist ein weiter, aber nicht beliebiger Begriff der Sicherheitskultur notwendig. Eine kulturwissenschaftliche Perspektive, wie sie hier skizziert worden ist, bietet für so einen Begriff den geeigneten Rahmen.

Literatur:

- Boli, John/Thomas, George M.* (Hrsg.) 1998: World Polity Formation since 1875: World Culture and International Non-Governmental Organizations, Stanford.
- Bude, Heinz* 1991: Die Rekonstruktion kultureller Sinnsysteme, in: Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Keupp, Heiner/von Rosenstiel, Lutz/Wolff, Stephan (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, Weinheim, 101-114.
- Büttner, Thomas/Fahlbruch, Babette/Wilpert, Bernhard* 2000: Sicherheitskultur. Konzepte und Analysemethoden, Kröning 2007. Albert Kuhlmann, Sicherheitskultur, Köln.
- Buzan, Barry/Waeber, Ole/de Wilde, Jaap* 1998: Security. A New Framework for Analysis, Boulder, CO.
- Checkel, Jeffrey T.* 1998: The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: World Politics 50: 2, 324-348.
- Conze, Eckart* 2009: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, Berlin.
- Daase, Christopher* 2010: National, Societal, and Human Security: On the Transformation of Political Language, in: Historical Social Research 35: 4, 22-37.
- Daase, Christopher* 2010: Wandel der Sicherheitskultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50, 9-16.
- Daase, Christopher* 1999: Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationalen Beziehungen verändert, Baden-Baden.
- Dinges, Martin/Sack, Fritz* (Hrsg.) 2000: Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter zur Postmoderne, Konstanz.
- Douglas, Mary/Wildavsky, Aaron* 1982: Risk and Culture: An Essay on the Selection of Technical and Environmental Dangers, Berkeley, CA.
- Elkins, David J./Simeon, Richard E.B.* 1979: A Cause in Search of its Effect, or What Does Political Culture Explain?, in: Comparative Politics 11: 2, 127-145.
- Finnemore, Martha* 1996: National Interest in International Society, Ithaca, NY.
- Groenemeyer, Axel* (Hrsg.) 2010: Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten, Wiesbaden.
- Gusy, Christoph* 2010: Sicherheitskultur – Sicherheitspolitik – Sicherheitsrecht, in: KritV, kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 93: 2, 111-128.
- Hansen, Lene* 2006: Security as Practice: Discourse Analysis and the Bosnian War, London.
- Hempel, Leon/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich* (Hrsg.) 2010: Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert. Leviathan Sonderheft 25,
- Herz, John H.* 1950: Idealist Internationalism and the Security Dilemma, in: World Politics 2: 2, 157-180.
- Huntington, Samuel* 1993: The Clash of Civilizations, in: Foreign Affairs 72: 3, 22-49.
- IAEA* 1986: International Nuclear Safety Advisory Group: Summary Report on the Post-Accident Review Meeting on the Chernobyl Accident, Safety Series No. 75-INSAG-1, Vienna.
- Johnston, Alastair Iain* 1998: Cultural Realism. Strategic Culture and Grand Strategy in Chinese History, Princeton.
- Katzenstein, Peter* (Hrsg.) 1996: The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York, N.Y.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.* 1977: Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston.
- Kier, Elizabeth* 1996: Culture and French Military Doctrine Before World War II, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, NY, 186-215.
- Knelangen, Wilhelm* 2001: Das Politikfeld innere Sicherheit im Integrationsprozess. Die Entstehung einer europäischen Politik der inneren Sicherheit, Opladen.
- Kötter, Matthias* 2008: Pfade des Sicherheitsrechts. Begriffe von Sicherheit und Autonomie im Spiegel der sicherheitsrechtlichen Debatte der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden.
- Krahmann, Elke* 2003: Conceptualizing Security Governance, in: Cooperation and Conflict 38: 1, 5-26.
- Lange, Hans-Jürgen* 1999: Innere Sicherheit im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.
- Lange, Hans-Jürgen/Ohly, H. Peter/Reichert, Jo* (Hrsg.) 2009: Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich* (Hrsg.) 1997: The Return of Culture and Identity in IR Theory, Boulder, Col.
- Mandelbaum, Michael* 1988: The Fate of Nations. The Search for National Security in the Nineteenth and Twentieth Centuries, Cambridge.
- McDonald, Matt* 2008: Securitization and the Construction of Security, in: European Journal of International Relations 14: 4, 563-587.
- Meyer, John* 1999: Changing Cultural Content of Nation-States: A World Society Perspective, in: Steinmetz, George (Hrsg.):

State/Culture. State-Formation after the Cultural Turn, Ithaca, NY, 123-143.

Pouliot, Vincent 2008: The Logic of Practicality: A Theory of Practice of Security Communities, in: International Organization 62: 2, 257-288.

Reckwitz, Andreas 2003: Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie 32: 4, 282-301.

Reckwitz, Andreas 2008: Die Kontingenzzperspektive der „Kultur“. Kulturbegriffe, Kulturtheorien und das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm, in: Reckwitz, Andreas (Hrsg.): Unschärfe Grenzen. Perspektiven der Kulturosoziologie, Bielefeld, 15-45.

Risse-Kappen, Thomas 1991: Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: World Politics 43: 4, 479-512.

Schatzki, Theodore R. 1996: Social Practices: A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the Social, New York, NY.

Snyder, Jack 1973: The Soviet Strategic Culture: Implementation for Nuclear Options, Santa Monica.

Sperling, James 2010: National Security Cultures, Technologies of Public Goods Supply and Security Governance, in: Kirchner,

Emil J./Sperling, James (Hrsg.): National Security Cultures. Patterns of Global Governance, Milton Park, 1-18.

Stolle, Peer 2011: Das (Un-)Sicherheitsgefühl – ein untauglicher Begründungszusammenhang für eine Politik der Inneren Sicherheit, in: Kritische Justiz 44: 1, 16-24.

Waever, Ole 1995: Securitization and Desecuritization, in: Lipschutz, Ronnie (Hrsg.): On Security, New York, NY, 46-86.

Walt, Stephen M. 1987: The Origins of Alliances, Ithaca, NY.

Waltz, Kenneth N. 1979: Theory of International Politics, New York.

Weldes, Jutta/Laffey Mark/Gusterson, Hugh/Duvall, Raymond 1999: Introduction: Constructing Insecurity, in: Weldes, Jutta/Laffey, Mark/Gusterson, Hugh/Duvall, Raymond (Hrsg.): Cultures of Insecurity. States, Communities, and the Production of Danger, Minneapolis, 1-33.

Wildavsky, Aaron/Dake, Karl 1990: Theories of Risk Perception: Who Fears What and Why?, in: Daedalus 119: 4, 41-60.

Zwierlein, Cornel/Graf, Rüdiger/Ressel, Magnus (Hrsg.) 2010: The Production of Human Security in Premodern and Contemporary History. Special Issue der Zeitschrift Historical Social Research, 35: 4, 7-21.

Beiträge zur Friedensethik



Das internationale Engagement in Afghanistan in der Sackgasse?

Eine politisch-ethische Auseinandersetzung

Herausgegeben von Heinz-Gerhard Justenhoven und Ebrahim Afsah

2011, Band 45, 182 S., brosch., 29,- €, ISBN 978-3-8329-6689-8

nomos-shop.de/13731

Haben die politischen Konzepte, mit denen die Staatengemeinschaft seit Ende 2001 Afghanistan eine politische Zukunft eröffnen will, eine Chance? Oder droht der Staatsaufbau in Afghanistan zu scheitern? Diese Fragen analysieren und bewerten Praktiker und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de



Nomos